Der Donauraum als Schlüsselregion des 21. Jahrhunderts

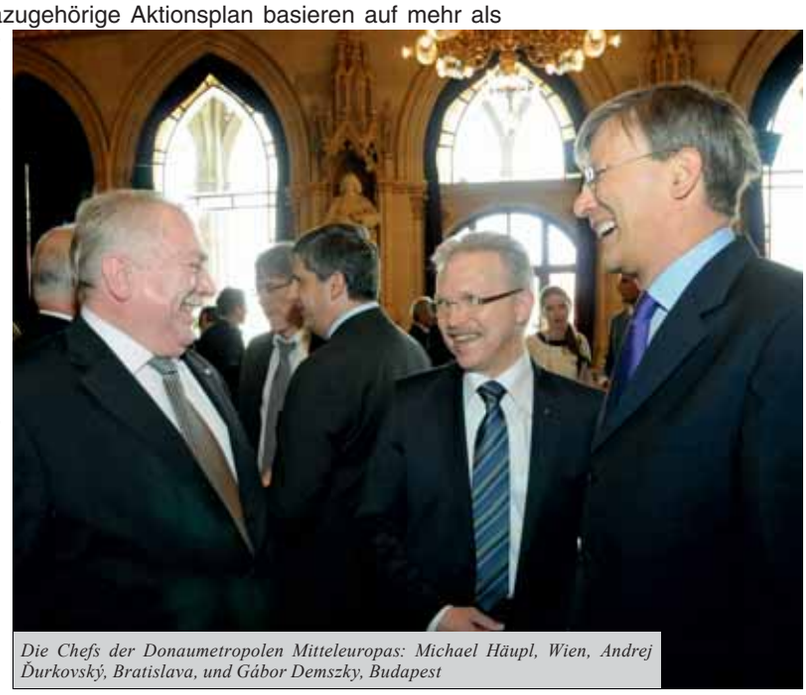
Die Geburt des dritten „transnationalen Raums“ in Europa

Die Europäische Kommission hat Anfang Dezember 2010 ihren Vorschlag für eine EU-Strategie für den Donauraum und seine 115 Millionen Bürgerinnen und Bürger vorgelegt. Diese Initiative zielt darauf ab, das riesige Wirtschaftspotenzial zu entwickeln und die Umweltbedingungen in der Region zu verbessern. Die Strategie bildet den Rahmen für eine langfristige Zusammenarbeit in unterschiedlichsten Bereichen und wird eine wesentliche Rolle spielen, wenn es darum geht, das Angebot an nachhaltigen Verkehrsmöglichkeiten zu verbessern, Energiesysteme miteinander zu verbinden, die Umwelt zu schützen, die Wasservorräte zu erhalten und für ein günstiges Geschäftsklima zu sorgen. Umweltgerechtes Wachstum ist das zentrale Anliegen der Strategie, die damit auch einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung der Ziele von „Europa 2020“ leistet. Durch die Abstimmung unterschiedlicher Politikfelder wird die Strategie einen Mehrwert bewirken und zu besserer Koordinierung zwischen den teilnehmenden Staaten führen. Da keine neuen Mittel für die Umsetzung der Strategie zur Verfügung gestellt werden, sollte eine engere Abstimmung der von den Donau-Anrainerstaaten verabschiedeten Programme dazu führen, dass die für die Region bereitgestellten Finanzmittel in der Höhe von 100 Milliarden EUR, alleine im Rahmen der Kohäsionspolitik in der laufenden Förderperiode bis 2013, deutlicher sichtbare Erfolge zeitigen. In Anlehnung an die EU-Makroregion im Ostseeraum stellt die EU mit dieser Strategie ihre zweite „Makroregion“ vor.

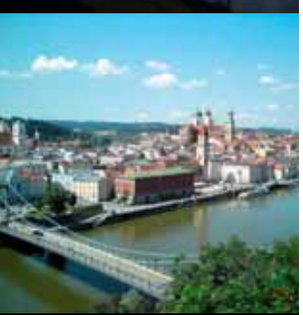
Infobox: Makroregion

Bei der Donauraumstrategie handelt es sich um die zweite makroregionale Initiative der EU nach der 2009 beschlossenen EU-Strategie für den Ostseeraum. Makro-Regionen fassen große Gebiete zusammen, die aus verschiedenen Staaten und Regionen bestehen und durch gemeinsame Themen und Herausforderungen in einem Zusammenhang stehen. Unter den Prämissen „no new funding, no new legislation, no new institution“ verfolgen makroregionale EU Strategien das Ziel, bereits existierende sektorale Strategien und Finanzierungsinstrumente besser einzusetzen, um von vorhandenen Strukturen und Ressourcen optimal zu profitieren. Durch die Vernetzung von 14 Ländern (davon 8 EU Mitgliedstaaten) soll das ausgeprägte Gefälle im Donauraum in Bezug auf Wirtschaft, Gesellschaft und Infrastruktur abgebaut und gleichzeitig die großen Potenziale besser genutzt werden.

Der für Regionalpolitik zuständige EU-Kommissar Johannes Hahn erklärte: „In der Konsultationsphase haben die Donau-Staaten ihren Willen bewiesen, eine neue Makroregion auf höchstem Niveau zu schaffen. Die von uns vorgeschlagene Strategie und der dazugehörige Aktionsplan basieren auf mehr als 800 Anträgen, die aus der Region selbst stammen. Wir haben die vorrangigen Themen wie Mobilität, Energie, Umweltverschmutzung, Beschäftigung und Sicherheit aufgegriffen, und ich bin sicher, dass die Strategie dadurch einen realen Beitrag für eine bessere Zukunft in diesem Teil Europas leisten wird. Die zweite EU-Makroregion wird mit dieser Form der Zusammenarbeit eine wichtige Pionierleistung vollbringen. Ich bin überzeugt, dass der makroregionale Ansatz hervorragende Ergebnisse bewirken kann – im Ostseeraum lässt sich dies bereits beobachten.“ Die Donauregion erstreckt sich von Deutschland im Westen bis zur Ukraine im Osten über 14 Länder (darunter acht EU-Mitgliedstaaten). Sie steht vor Herausforderungen unterschiedlichster Art: brachliegendes Schifffahrtspotenzial und unzureichende Straßen- und Schienenverkehrsverbindungen, unkoordinierte Vorhaben in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung, Forschung und Innovation sowie Umweltrisiken. Die jüngsten Umweltkatastrophen sind ein deutlicher Beweis dafür, dass eine grenzübergreifende Zusammenarbeit erforderlich ist, um die Ausbreitung der Umweltverschmutzung zu verhüten und die Folgen solcher Katastrophen zu bekämpfen.



Die Chefs der Donaumetropolen Mitteleuropas: Michael Häupl, Wien, Andrej Ďurkovský, Bratislava, und Gábor Demszky, Budapest



Wohin geht die Reise – und vor allem wie?

Da viele der genannten Herausforderungen miteinander verflochten sind, soll die Zusammenarbeit in einem makroregionalen Rahmen eine effizientere Abstimmung ermöglichen. Das Konzept sieht keine neuen Rechtsvorschriften oder Einrichtungen vor, sondern stärkt die Verbindungen zwischen verschiedenen Politikbereichen und koordiniert die Bemühungen zahlreicher beteiligter Akteure. Es zielt darauf ab, die Interessen der gesamten Region zu wahren und gleichzeitig ihrer Vielfalt Rechnung zu tragen. Mit der Strategie sind zwar keine zusätzlichen Finanzmittel verbunden, doch werden bereits beträchtliche Mittel aus zahlreichen EU-Programmen für die Region bereitgestellt. Es gilt nun, diese Mittel – allein 100 Mrd. EUR im Rahmen der Kohäsionspolitik (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung, Kohäsionsfonds, Europäischer Sozialfonds) im Zeitraum 2007-2013 – effizienter zu nutzen und zu zeigen, wie makroregionale Zusammenarbeit zur Lösung lokaler Probleme beitragen kann.

Die Strategie umfasst einen ausführlichen Aktionsplan, der auf vier Pfeilern ruht und elf Schwerpunktbereiche umfasst:

- Anbindung des Donauraums an europäische Infrastrukturnetze (z. B. Verbesserung der Mobilität, Förderung der Nutzung nachhaltiger Energien sowie Förderung von Kultur und Tourismus)
- Umweltschutz im Donauraum (z. B. Wiederherstellung der Wasserqualität, Management von Umweltrisiken und Erhalt der Artenvielfalt)
- Aufbau von Wohlstand im Donauraum (z. B. Ausbau der Forschungskapazität, Verbesserung der Bildung und Weiterentwicklung der Informationstechnologien, Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sowie Investitionen in Menschen und ihre Qualifikationen)
- Stärkung des Zusammenhaltes des Donauraumes (z. B. Erweiterung der institutionellen Kapazität und Verbesserung der Zusammenarbeit zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität)

Die Strategie ist zeitlich nicht begrenzt, umfasst jedoch eine Reihe befristeter Ziele, die zu aktivem Handeln anregen sollen, darunter:

- Erhöhung des Güterverkehrs auf der Donau um 20% bis 2020
- Verringerung der Nährstoffausbringung, damit die Ökosysteme im Schwarzen Meer bis 2020 erneut den Stand von 1960 erreichen
- Breitbandhochgeschwindigkeitszugang zum Internet für alle EU-Bürgerinnen und Bürger in der Region bis 2013
- Aufbau einer lebensfähigen Population der Donaustöre bis 2020

Infobox: Stakeholderkonferenzen

Die Europäische Kommission (Generaldirektion Regionalpolitik) hat zur Vorbereitung der Donauraumstrategie eine Serie von fünf Konferenzen in enger Zusammenarbeit mit ausgewählten Donauanrainerstädten veranstaltet. Die Auftaktveranstaltung war in Ulm, dann folgte ein Donaugipfel in Budapest. Wien war gemeinsam mit Bratislava vom 19. bis 21. April 2010 Austragungsort der 3. Stakeholderkonferenz (die einzige, die länderübergreifend als Twin-City Tagung angelegt war). Der Schwerpunkt der Diskussionen lag auf dem Thema „Erreichbarkeit & Umwelt“. Es folgten Konferenzen im rumänischen Constanta sowie in Ruse (Bulgarien). Die Stakeholderkonferenzen waren als Plattform für den Meinungsaustausch zwischen VertreterInnen der Europäischen Kommission und nationalen, regionalen sowie lokalen FachexpertInnen angelegt. Mittels Bekanntmachung auf der Webseite der Generaldirektion Regionalpolitik und einer öffentlich zugänglichen Registrierungsmöglichkeit, konnten auch interessierte Laien an den Tagungen teilnehmen.

Diese Herausforderungen sollen im Rahmen der Strategie durch eine Reihe von Maßnahmen erreicht werden, die auch einen wichtigen Beitrag zur Erlangung der Ziele leisten werden, die in der umfassenderen Strategie „Europa 2020“ für nachhaltiges und intelligentes Wachstum gesteckt wurden. Einige Beispiele: Modernisierung der Flussschifffflotte; Bau zweier Flussbrücken zwischen Rumänien und Bulgarien; Werbeaktion für die Donauregion als Reiseziel; gegebenenfalls Bau von Abwasserbehandlungsanlagen; Einrichtung gemeinsamer Forschungszentren sowie Verbesserung der Lebensbedingungen von Roma-Gemeinschaften.

Alle Anrainer bringen sich ein – Wien in der ersten Reihe

Beteiligt sind die Länder, die derzeit dem Donau-Kooperationsprozess angehören (darunter acht EU-Mitglieder): Deutschland (insbesondere Baden-Württemberg und Bayern), Österreich, Ungarn, die Tschechische Republik, die Slowakische Republik, Slowenien, Bulgarien, Rumänien, Kroatien, Serbien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, die Republik Moldau und die Ukraine. Die Kommission hat den Vorschlag für die Strategie auf Ersuchen des Europäischen Rates vorgelegt.

Die Mitgliedstaaten hatten die Europäische Kommission gebeten, die Entwicklung der Strategie und ihre Umsetzung zu erleichtern. Die Mitteilung sowie der Aktionsplan der Europäischen Kommission, die am 8. Dezember 2010 veröffentlicht worden sind, sind das Ergebnis einer öffentlichen Konsultation und einer Reihe von Stakeholderkonferenzen (siehe Infobox), bei denen die Interessensgruppen, darunter VertreterInnen der Mitgliedstaaten, der regionalen und lokalen Behörden, das Thema erörtert haben.

Auf Initiative des Wiener Bürgermeisters, Dr. Michael Häupl wurden gemeinsam mit den Bundesländern, insbesondere mit Ober- und Niederösterreich sowie dem Burgenland zwei Positionspapiere erstellt, die in der Diskussion mit den Bundesdienststellen zu einem österreichischen Beitrag weiterentwickelt wurden. Die Einbeziehung von Städten und Regionen und die Betonung der wichtigen Funktion der Agglomerationsräume für die Entwicklung des Donauraumes war insbesondere für Wien von zentraler Bedeutung, da auf dieser Ebene schon seit langem entsprechende Kooperationen und Netzwerke bestehen. Auch die Weitergabe der Erfahrungen im Aufbau einer grenzüberschreitenden Metropolregion am Beispiel der CENTROPE Region um Wien-Bratislava wurde als ein Impuls für ein entsprechendes Kooperationsprojekt im Rahmen der EU-Donauaumstrategie gesehen.

Wien hat von Anfang der Verhandlungen an die Bereitschaft signalisiert, die Koordinierungsverantwortung für die Umsetzung des Schwerpunktbereichs 10 – „Verbesserung der institutionellen Kapazität und der Zusammenarbeit“ zu übernehmen. Im Februar 2011 hat die Europäische Kommission Wien mit dieser Aufgabe betraut. Dabei handelt es sich um eines von elf im Aktionsplan genannten Handlungsfelder, das im Sinne des „Multi Level Governance”-Ansatzes dazu beitragen soll, die Umsetzung der europäischen Politiken zu verbessern und die Effizienz und Effektivität der Problemlösungen sowie die Ausschöpfung der Potentiale in den Gemeinden, Städten und Regionen zu erhöhen. Ein Schwerpunkt ist der Erfahrungsaustausch und die Kooperation im Bereich städtische Technologien.

Wien kann auf diesem Gebiet auf vielfältigste Weise Wissenstransfer betreiben, wenn es um den Einsatz innovativer und umweltfreundlicher Technologien in den verschiedensten Bereichen kommunaler Dienstleistungen geht. Weitere Themenschwerpunkte sind die Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft sowie vertrauensbildende Maßnahmen (Verwaltungsreform, Transparenz, E-government).